



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **24. Sitzung (öffentlich)**

8. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren** **5**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1312

APr 15/228

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss wegen Beratungsbedarfs zu verzichten und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

**2 Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken: Interkommunale Zusammenarbeit systematisch fördern 6**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/858

Ausschussprotokoll 15/206

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Aussprache den Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

**3 Den Kommunen einen verlässlichen Rahmen für die schulische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben! 9**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1793

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss verzichtet nach kurzer Verständigung einvernehmlich auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung und schließt damit seine Beratungen zu diesem Antrag ab.

**4 NRW lehnt Kürzungen bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung durch den Bund! 10**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2213

Der Ausschuss kommt ohne weitere Aussprache einvernehmlich überein, an der im federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr beabsichtigten Anhörung nachrichtlich beteiligt zu werden.

<b>5</b>	<b>Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung</b>	<b>11</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2151	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen Termin und Größe des Sachverständigenkreises festgelegt werden.	
<b>6</b>	<b>Demokratische Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken – Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahl in NRW einführen</b>	<b>12</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2081	
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. In einem Obleutegespräch sollen die Details verabredet werden.	
<b>7</b>	<b>Beförderungen in Kommunen in Haushaltssicherung</b>	<b>13</b>
	Bericht der Landesregierung Vorlage 15/731	
	– Bericht von Minister Ralf Jäger (MIK)	13
	– Diskussion	13
<b>8</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>23</b>